

9/11 und der NATO-Bündnisfall – Rechtliche Nachfragen

Anstöße zur Diskussion

von Dr. Dieter Deiseroth

Plenum IV am Samstag, den 27.4.2013, 12.00 – 13.00 Uhr

Konferenz „Quo vadis NATO? – Herausforderungen für Demokratie und
Recht“

in der Universität Bremen vom 26. – 28.4.2013

Gliederung

A. Chronologie:

Die NATO nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001

B. Zwölf rechtliche Nachfragen

C. Dokumente

Dokument Ia: Resolution 1368 (2001) des UN-Sicherheitsrates vom 12.9.2001

Dokument Ib: Resolution 1373 (2001) des UN-Sicherheitsrates vom 28.9.2001

Dokument II: Art. 5 des NATO-Vertrages (dt./engl.)

Dokument III.: Pressemitteilung der NATO vom 12.9.2001

Dokument IV: Pressemitteilung von NATO-Generalsekretär Lord Robertson am 2.10.2001 zum
NATO-Bündnisfall

Dokument V: Stellungnahme der stellv. Sprecherin der dt. Bundesregierung v. 2.10.2001

Dokument VI: Erklärung von NATO-Generalsekretär Lord Robertson am 4.10.2001 vor der Presse

Dokument VII: Anfrage von Herrn Tim Baumgartner an das Auswärtige Amt zur Beweislage

Dokument VIII: Antwort des Auswärtigen Amtes auf die Anfrage von Herrn Baumgartner

A. Chronologie: Die NATO nach 9/11

- **11.9.2001:** Entwurf eines Statement des NATO-Rates durch Mitglieder des Stabs: „... if it is determined that this attack was directed from abroad against the US it shall be regarded as an action covered by Art. 5 of the Washington Treaty“ (= NATO-Vertrag).
- **13.9.2001:** Zustimmung von US-Präsident George W. Bush und US-Außenminister Powell
- **13.9.2001:** NATO-Rat stimmt dem Entwurf zu, sieht jedoch noch Klärungsbedarf (vor allem Belgien, Portugal und NL):
 1. Beantwortung der „If clause“ („if ... the attack was directed from abroad“) durch Tatsachennachweis?
 2. Sind im Falle der Feststellung des Bündnisfalles noch die souveränen Entscheidungsrechte der NATO-Mitgliedsstaaten gewahrt?
 3. Ist gewährleistet, dass jeder NATO-Militär-Einsatz nach einem festgestellten Bündnisfall nicht ohne vorherige spezifische Konsultationen und nicht ohne explizite Beschlussfassung durch den NATO-Rat stattfindet?
- **2.10.2001:** Briefing des NATO-Rates über die Hintergründe von 9/11 durch US-Ambassador Frank Taylor (Coordinator for Counter Terrorism im US-State Department), durch den stellv. US-Außenminister Richard Armitage und durch den stellv. US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz
- Anschließend noch am 2.10.2001: Beschlussfassung des NATO-Rates über Bündnisfall; Text nicht publiziert; lediglich Bekanntgabe durch NATO-Generalsekretär Robertson: „On the basis of this briefing, it has now been determined that the attack against the US on 11 September was directed from abroad and shall therefore be regarded as an action covered by Art. 5 of the Washington Treaty“ Was konkret von den Mitgliedsstaaten gefordert wurde, wurde nicht festgelegt.
- **4.10.2001** (nach Einholung der Zustimmungen aller NATO-Mitgliedsstaaten): Bestätigung der Feststellung des NATO-Bündnisfalles(Art. 5 NATO-Vertrag) durch NATO-Rat ohne Festlegung
 1. des Verhältnisses des NATO-Bündnisfalles zu unilateralen militärischen Aktionen der USA sowie
 2. der Dauer und der zeitlichen Begrenzung des beschlossenen Bündnisfalles
- **7.10.2001:** Beginn der US-Militäroperationen in Zusammenarbeit mit der afghanischen Nordallianz, jedoch ohne Abstimmung mit und ohne Beteiligung der NATO
- **16.10.2001:** Bekanntgabe der „Post-9/11-Doktrin“ der US-Regierung durch den stellv. US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz im NATO-Rat: „The mission determines the coalition“.

B. Zwölf rechtliche Nachfragen zum NATO-Bündnisfall

1. Verstieß der US-Angriff auf Afghanistan im Okt. 2001 gegen Art. 2 Nr. 3 UN-Charta, der völkerrechtlich verbindlich vorgibt, dass alle Staaten ihre internationalen Streitigkeiten, also auch diejenigen über eine Auslieferung von Tatverdächtigen(z.B.von Osama Bin Laden), ausschließlich durch friedliche Mittel beizulegen sind?

Insbesondere: Wurden vor Beginn der militärischen Aktionen alle nicht-militärischen Handlungsoptionen (z.B. Auslieferungsersuchen der US-Justizbehörden wegen 9/11; Abklären des Angebotes des Taliban-Regimes, nach Vorlage von nachprüfbaren Beweismitteln über die Tatbeteiligung Osama bin Ladens diesen zur Strafverfolgung an einen Drittstaat oder an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag auszuliefern; Einrichtung eines speziellen Internat. Gerichtshofes zu 9/11 durch völkerrechtliches Abkommen oder durch UN-Sicherheitsrat nach Art. 39 ff. UN-Charta nach dem Vorbild des Lockerbie-Gerichtshofes) ausgeschöpft ?

2. Da der Ausnahmefall einer Ermächtigung der USA zu militärischen Maßnahmen gegen Afghanistan durch den UN-Sicherheitsrat gem. Art. 39 und 42 UN-Charta nicht vorlag: Welche rechtliche Bedeutung hat das Fehlen eines solchen Beschlusses des UN-Sicherheitsrates für die Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit dieser Maßnahmen?

3. Hat der UN-Sicherheitsrat oder ein anderes dazu berufenes Organ der UN das Vorliegen der formellen und materiellen Voraussetzungen nach Art. 51 UN-Charta für eine „individuelle oder kollektive Selbstverteidigung“ förmlich festgestellt?

4. Reichte stattdessen für eine Berufung auf Art. 51 UN-Charta eine allgemeine Bekräftigung des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung nach Art. 51 UN-Charta in den Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des UN-Sicherheitsrates aus, ohne dass der UN-Sicherheitsrat oder der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag geprüft hatten, dass die Voraussetzungen nach Art. 51 UN-Charta formell und materiell erfüllt waren?

noch: Rechtliche Nachfragen

5. War es für das Vorliegen der Voraussetzungen nach Art. 51 UN-Charta hinreichend, dass sich die USA nach den verbrecherischen 9/11-Anschlägen von New York und Washington auf den Ausnahmefall einer individuellen Selbstverteidigung der USA nach Art. 51 UN-Charta zu Recht beriefen und deshalb militärische Gewalt gegen Afghanistan ab Anfang Oktober 2001 einsetzten?

6. Lag in der Sache ein Fall der „armed attack“ (Art. 5 NATO-Vertrag und Art. 51 UN-Charta) auf das NATO-Mitglied USA vor, obwohl bei 9/11 keine militärischen Waffen (eines Staates) zum Einsatz kamen?

Was unterschied 9/11 von anderen großangelegten Terrorattacken mit einer Vielzahl von Opfern (z.B. IRA-Anschläge auf brit. Einrichtungen; gewaltsamer Sturz der Allende-Regierung mit Tausenden von Toten in Chile seit dem 11.9.1973 mit maßgeblicher Unterstützung der Putschisten durch CIA und US-Regierung; Anschläge der RAF-Terroristen mit internationaler Unterstützung z.B. durch palästinensische Organisationen sowie möglicherweise durch den Jemen <Ausbildungscamps> und die DDR <Stasi, vgl. Forschungen von Regine Igel>)?

7. Falls bei 9/11 ein Fall der „armed attack“ i.S. von Art. 51 UN-Charta auf die USA vorlag: War dieser „militärische Angriff“ dem Staat Afghanistan zuzurechnen?

- Problem: IGH-Rechtsprechung (Nicaragua-Case)
- Problem: Gibt es eindeutige „gerichts feste“ Beweise für die Täterschaft Osama Bin Ladns und anderer Akteure vom „save haven“ Afghanistan aus (aber: kein Haftbefehl des FBI gegen Bin Ladin wegen 9/11; Äußerungen hoher FBI-Beamter und von U.K.Premier Tony Blair: keine „gerichtsfesten Beweise)
- Wie hat die Bundesregierung vor der Zustimmung zum „Bündnisfall“ die Beweislage geprüft?
- Problem: *Bis heute, also mehr als 8 Jahre nach 9/11, hat keine unabhängige Stelle, kein unabhängiges Gericht, die zur Verfügung stehenden angeblichen oder tatsächlichen Beweise überprüft und nachprüfbar in einem rechtsstaatlichen Anforderungen genügenden Verfahren festgestellt, wer für die Anschläge von 9/11 verantwortlich war.*

noch: Rechtliche Nachfragen

8. Waren Anfang Oktober 2001 die weiteren Voraussetzungen von Art. 51 UN-Charta erfüllt?

a) Lag nach Durchführung und Beendigung der Anschläge von 9/11 zum Zeitpunkt des Beginns der militärischen Aktionen der USA gegen Afghanistan noch ein „gegenwärtiger“ (fortdauernder) Angriff auf die

USA vor, obwohl alle an den 9/11-Anschlägen beteiligten Luftpiraten nach Darstellung der US-Regierung bei den 9/11-Anschlägen ums Leben gekommen waren und von ihnen deshalb keine Gefahr für einen weiteren Angriff ausgehen konnte?

b) Vermochte eine Fortexistenz von terroristischen Ausbildungslagern in Afghanistan die Annahme eines nach 9/11 fortbestehenden „gegenwärtigen“ Angriffs zu rechtfertigen?

c) Stand der Rechtmäßigkeit der militärischen Aktionen der USA Anfang Oktober 2001 entgegen, dass eine individuelle (oder kollektive) Selbstverteidigung nach Art. 51 UN-Charta nur solange zulässig ist, „bis der UN-Sicherheitsrat die notwendigen Maßnahmen getroffen hat“?

9. Was ist von Berichten zu halten, dass der US-Angriff auf das Taliban-Regime in Afghanistan im Okt. 2001 bereits vor 9/11, d.h. nach den Mitte Juli 2001 in Berlin gescheiterten Verhandlungen der US-Regierung mit dem Taliban-Regime über das Pipeline-Projekt der US-Ölgesellschaft UNOCAL beschlossene Sache war?

Gibt es valide Beweise für die Behauptungen von Michael Meacher, Minister im Kabinett von Tony Blair,

dass Tony Blair von dem „Commons Liaison Committee“ ausgeführt hätte: „Ehrlich gesagt hätte es ohne das Geschehen vom 11. September keine Möglichkeit gegeben, die öffentliche Zustimmung für einen plötzlichen Angriff auf Afghanistan zu erhalten.“

dass Mitte Juli 2001 ein hochrangiger US-Beamter dem früheren pakistanischen Außenminister Niaz Niak mitgeteilt habe, dass „ab Mitte Oktober militärische Maßnahmen gegen Afghanistan anlaufen“ würden.

noch: Rechtliche Nachfragen

10. Welche völker- und verfassungsrechtliche Bedeutung hat die Feststellung des NATO-Bündnisfalles durch den NATO-Rat für die Entsendung der Bundeswehr nach Afghanistan und andere Gebiete

- a) im Rahmen von „Operation Enduring Freedom“
- b) im Rahmen von („International Security and Assistance Forces“ (ISAF)?

11. Für wie lange ist der NATO-Bündnisfall beschlossen?

12. Besteht der NATO-Bündnisfall auch heute noch?

C. Dokumente

zum NATO-Bündnisfall

- Dokument Ia: Resolution 1368 (2001) des UN-Sicherheitsrates vom 12.9.2001
- Dokument Ib: Resolution 1373 (2001) des UN-Sicherheitsrates vom 28.9.2001
- Dokument II: Art. 5 des NATO-Vertrages (dt./engl.)
- Dokument III.: Pressemitteilung der NATO vom 12.9.2001
- Dokument IV: Pressemitteilung von NATO-Generalsekretär Lord Robertson am 2.10.2001
- Dokument V: Stellungnahme der stellv. Sprecherin der dt. Bundesregierung v. 2.10.2001
- Dokument VI: Erklärung von NATO-Generalsekretär Lord Robertson am 4.10.2001
- Dokument VII: Anfrage von Herrn Tim Baumgartner an das Auswärtige Amt zur Beweislage
- Dokument VIII: Antwort des Auswärtigen Amtes auf die Anfrage von Herrn Baumgartner

Dokument Ia:

Resolution 1368 (2001) des UN-Sicherheitsrates vom 12.9.2001

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung der Grundsätze und Ziele der Charta der Vereinten Nationen,

entschlossen, die durch terroristische Handlungen verursachten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln zu bekämpfen,

in Anerkennung des naturgegebenen Rechts zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung im Einklang mit der Charta,

1. *verurteilt unmissverständlich* mit allem Nachdruck die grauenhaften Terroranschläge, die am 11. September 2001 in New York, Washington und Pennsylvania stattgefunden haben, und betrachtet diese Handlungen, wie alle internationalen terroristischen Handlungen, als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit;

2. *bekundet* den Opfern und ihren Angehörigen sowie dem Volk und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sein tiefstes Mitgefühl und Beileid;

3. *fordert* alle Staaten dringend zur Zusammenarbeit *auf*, um die Täter, Organisatoren und Förderer dieser Terroranschläge vor Gericht zu stellen, und betont, dass diejenigen, die den Tätern, Organisatoren und Förderern dieser Handlungen geholfen, sie unterstützt oder ihnen Unterschlupf gewährt haben, zur Verantwortung gezogen werden;

4. *fordert* die internationale Gemeinschaft *auf*, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um terroristische Handlungen zu verhüten und zu bekämpfen, namentlich durch verstärkte Zusammenarbeit und die volle Durchführung der einschlägigen internationalen Übereinkünfte gegen den Terrorismus sowie der Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere der Resolution 1269 (1999) vom 19. Oktober 1999;

5. *bekundet seine Bereitschaft*, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 zu antworten und alle Formen des Terrorismus zu bekämpfen, im Einklang mit seiner Verantwortung nach der Charta der Vereinten Nationen;

6. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 4370. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Dokument Ib:

Resolution 1373 (2001) des UN-Sicherheitsrates vom 28.9.2001

Resolution 1373 (2001) vom 28. September 2001

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner Resolutionen 1269 (1999) vom 19. Oktober 1999 und 1368

(2001) vom 12. September 2001,

sowie in Bekräftigung seiner unmissverständlichen Verurteilung der Terroranschläge, die am 11. September 2001 in New York, Washington und Pennsylvania stattgefunden haben, und mit dem Ausdruck seiner Entschlossenheit, alle derartigen Handlungen zu verhüten,

ferner in Bekräftigung dessen, dass diese Handlungen, wie jede Handlung des internationalen Terrorismus, eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen,

in Bekräftigung des naturgegebenen Rechts zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, das in der Charta der Vereinten Nationen anerkannt und in Resolution 1368 (2001) bekräftigt wird,

sowie in Bekräftigung der Notwendigkeit, durch terroristische Handlungen verursachte Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln im Einklang mit der Charta zu bekämpfen,

zutiefst besorgt über die in verschiedenen Weltregionen zu verzeichnende Zunahme terroristischer Handlungen, die durch Intoleranz oder Extremismus motiviert sind,

mit der Aufforderung an die Staaten, dringend zusammenzuarbeiten, um terroristische Handlungen namentlich durch verstärkte Zusammenarbeit und durch die volle Durchführung der einschlägigen internationalen Übereinkünfte betreffend den Terrorismus zu verhüten und zu bekämpfen,

in der Erkenntnis, dass die Staaten die internationale Zusammenarbeit durch zusätzliche Maßnahmen ergänzen müssen, um die Finanzierung und Vorbereitung terroristischer Handlungen in ihrem Hoheitsgebiet mit allen rechtlich zulässigen Mitteln zu verhüten und zu bekämpfen,

in Bekräftigung des von der Generalversammlung in ihrer Erklärung vom 24. Oktober 1970 über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen⁴⁰⁷ aufgestellten und vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 1189 (1998) vom 13. August 1998 bekräftigten Grundsatzes, dass jeder Staat verpflichtet ist, die Organisation, Anstiftung oder Unterstützung terroristischer Handlungen in einem anderen Staat oder die Teilnahme daran oder die Duldung organisierter Aktivitäten in seinem eigenen Hoheitsgebiet, die auf die Begehung solcher Handlungen gerichtet sind, zu unterlassen,

noch Dokument Ib:

Resolution 1373 (2001) des UN-Sicherheitsrates vom 28.9. 2001

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta,

1. *beschließt*, dass alle Staaten

a) die Finanzierung terroristischer Handlungen verhüten und bekämpfen werden;

b) die vorsätzliche Bereitstellung oder Sammlung von Geldern, gleichviel durch

welche Mittel und ob mittelbar oder unmittelbar, durch ihre Staatsangehörigen oder in ihrem Hoheitsgebiet mit der Absicht oder in Kenntnis dessen, dass diese Gelder zur Ausführung terroristischer Handlungen verwendet werden, unter Strafe stellen werden;

c) unverzüglich Gelder und sonstige finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen von Personen, die terroristische Handlungen begehen, zu begehen versuchen oder sich an deren Begehung beteiligen oder diese erleichtern, sowie von Einrichtungen, die unmittelbar oder mittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser Personen stehen, und von Personen und Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung dieser Personen und Einrichtungen handeln, einfrieren werden, einschließlich der Gelder, die aus Vermögen stammen oder hervorgehen, das unmittelbar oder mittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser Personen und mit ihnen verbundener Personen und Einrichtungen steht;

d) ihren Staatsangehörigen oder allen Personen und Einrichtungen in ihrem Hoheitsgebiet untersagen werden, Gelder, finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen oder Finanz- oder damit zusammenhängende Dienstleistungen unmittelbar oder mittelbar zum Nutzen von Personen zur Verfügung zu stellen, die terroristische Handlungen begehen, zu begehen versuchen, erleichtern oder sich daran beteiligen, oder zum Nutzen von Einrichtungen, die unmittelbar oder mittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser Personen stehen oder zum Nutzen von Personen und Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung dieser Personen handeln;

2. *beschließt außerdem*, dass alle Staaten

a) es unterlassen werden, Einrichtungen oder Personen, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind, in irgendeiner Form aktiv oder passiv zu unterstützen, indem sie namentlich die Anwerbung von Mitgliedern terroristischer Gruppen unterbinden und die Belieferung von Terroristen mit Waffen beenden;

b) die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um die Begehung terroristischer Handlungen zu verhüten, namentlich durch die frühzeitige Warnung anderer Staaten im Wege des Informationsaustauschs;

c) denjenigen, die terroristische Handlungen finanzieren, planen, unterstützen oder begehen oder die den Tätern Unterschlupf gewähren, einen sicheren Zufluchtsort verweigern werden;

d) diejenigen, die terroristische Handlungen finanzieren, planen, erleichtern oder begehen, daran hindern werden, ihr Hoheitsgebiet für diese Zwecke gegen andere Staaten oder deren Angehörige zu nutzen;

e) sicherstellen werden, dass alle Personen, die an der Finanzierung, Planung, Vorbereitung oder Begehung terroristischer Handlungen oder an deren Unterstützung mitwirken, vor Gericht gestellt werden, dass diese terroristischen Handlungen zusätzlich zu allen sonstigen Gegenmaßnahmen als schwere Straftaten nach ihrem innerstaatlichen Recht umschrieben werden und dass die Strafe der Schwere dieser terroristischen Handlungen gebührend Rechnung trägt;

noch Dokument Ib:

Resolution 1373 (2001) des UN-Sicherheitsrates vom 28.9.2001

- *f)* einander größtmögliche Hilfe bei strafrechtlichen Ermittlungen oder Strafverfahren im Zusammenhang mit der Finanzierung oder Unterstützung terroristischer Handlungen gewähren werden, einschließlich Hilfe bei der Beschaffung des für die Verfahren notwendigen Beweismaterials, das sich in ihrem Besitz befindet;
- *g)* die Bewegung von Terroristen oder terroristischen Gruppen verhindern werden, indem sie wirksame Grenzkontrollen durchführen und die Ausgabe von Identitätsdokumenten und Reiseausweisen kontrollieren und Maßnahmen zur Verhütung der Nachahmung, Fälschung oder des betrügerischen Gebrauchs von Identitätsdokumenten und Reiseausweisen ergreifen;
- 3. *fordert* alle Staaten auf,
- *a)* Wege zur Intensivierung und Beschleunigung des Austauschs operativer Informationen zu finden, insbesondere im Bezug auf Handlungen oder Bewegungen von Terroristen oder Terroristennetzen, auf gefälschte oder verfälschte Reiseausweise, den Handel mit Waffen, Sprengstoffen oder sicherheitsempfindlichem Material, die Nutzung von Kommunikationstechnologien durch terroristische Gruppen und die Gefahr, die von Massenvernichtungswaffen im Besitz terroristischer Gruppen ausgeht;
- *b)* im Einklang mit dem Völkerrecht und dem jeweiligen innerstaatlichen Recht Informationen auszutauschen und in Verwaltungs- und Justizfragen zusammenzuarbeiten, um die Begehung terroristischer Handlungen zu verhüten;
- *c)* insbesondere im Rahmen bilateraler und multilateraler Regelungen und Vereinbarungen zusammenzuarbeiten, um Terroranschläge zu verhüten und zu bekämpfen und Maßnahmen gegen die Täter zu ergreifen;
- *d)* so bald wie möglich Vertragsparteien der einschlägigen internationalen Übereinkünfte und Protokolle betreffend den Terrorismus zu werden, namentlich des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus vom 9. Dezember 1999/408;
- *e)* ihre Zusammenarbeit zu verstärken und die einschlägigen internationalen Übereinkünfte und Protokolle betreffend den Terrorismus sowie die Resolutionen des Sicherheitsrats 1269 (1999) und 1368 (2001) vollinhaltlich durchzuführen;
- *f)* bevor sie einer Person Flüchtlingsstatus gewähren, im Einklang mit den entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts und des Völkerrechts, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sich zu vergewissern, dass der Asylsuchende keine terroristischen Handlungen geplant oder erleichtert oder sich daran beteiligt hat;

noch Dokument Ib:

Resolution 1373 (2001) des UN-Sicherheitsrates vom 28.9.2001

g) in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht sicherzustellen, dass diejenigen, die terroristische Handlungen begehen, organisieren oder erleichtern, den Flüchtlingsstatus nicht missbrauchen und dass angebliche politische Beweggründe nicht als Grund anerkannt werden, Anträge auf die Auslieferung mutmaßlicher Terroristen abzuweisen;

4. nimmt mit Besorgnis Kenntnis von der engen Verbindung zwischen dem internationalen Terrorismus und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, unerlaubten Drogen, der Geldwäsche, dem unerlaubten Waffenhandel und der unerlaubten Verbringung nuklearer, chemischer, biologischer und anderer potenziell tödlicher Materialien und betont in diesem Zusammenhang, dass die Anstrengungen auf einzelstaatlicher, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene besser koordiniert werden müssen, um die weltweite Reaktion auf diese ernste Herausforderung und Bedrohung der internationalen Sicherheit zu verstärken;

5. erklärt, dass die Handlungen, Methoden und Praktiken des Terrorismus im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen stehen und dass die wissenschaftliche Finanzierung und Planung terroristischer Handlungen sowie die Anstiftung dazu ebenfalls im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen stehen;

6. beschließt, im Einklang mit Regel 28 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einen aus allen Ratsmitgliedern bestehenden Ausschuss des Sicherheitsrats einzusetzen, der die Durchführung dieser Resolution unter Heranziehung geeigneten Sachverständigen überwachen wird, und fordert alle Staaten auf, dem Ausschuss spätestens neunzig Tage nach Verabschiedung dieser Resolution und anschließend nach einem von dem Ausschuss vorzuschlagenden Zeitplan über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie zur Durchführung dieser Resolution ergriffen haben;

7. weist den Ausschuss an, seine Aufgaben festzulegen, binnen dreißig Tagen nach Verabschiedung dieser Resolution ein Arbeitsprogramm vorzulegen und im Benehmen mit dem Generalsekretär zu erwägen, welche Unterstützung er benötigt;

8. bekundet seine Entschlossenheit, im Einklang mit seinen Verantwortlichkeiten nach der Charta der Vereinten Nationen alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die vollinhaltliche Durchführung dieser Resolution sicherzustellen;

9. beschließt, mit dieser Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 4385. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Dokument II:

Art. 5 des NATO-Vertrages

Artikel 5: Bündnisfall

„Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten. Von jedem bewaffneten Angriff und allen daraufhin getroffenen Gegenmaßnahmen ist unverzüglich dem Sicherheitsrat Mitteilung zu machen. Die Maßnahmen sind einzustellen, sobald der Sicherheitsrat diejenigen Schritte unternommen hat, die notwendig sind, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten.

Article 5

The Parties agree that an armed attack against one or more of them in Europe or North America shall be considered an attack against them all and consequently they agree that, if such an armed attack occurs, each of them, in exercise of the right of individual or collective self-defence recognised by Article 51 of the Charter of the United Nations, will assist the Party or Parties so attacked by taking forthwith, individually and in concert with the other Parties, such action as it deems necessary, including the use of armed force, to restore and maintain the security of the North Atlantic area.

Any such armed attack and all measures taken as a result thereof shall immediately be reported to the Security Council. Such measures shall be terminated when the Security Council has taken the measures necessary to restore and maintain international peace and security .

Quelle: http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_17120.htm

Dokument III :

Pressemitteilung der NATO vom 12.9.2001

• Statement by the North Atlantic Council

On September 12th, the North Atlantic Council met again in response to the appalling attacks perpetrated yesterday against the United States.

The Council agreed that if it is determined that this attack was directed from abroad against the United States, it shall be regarded as an action covered by Article

5 of the Washington Treaty, which states that an armed attack against one or more of the Allies in Europe or North

The commitment to collective self-defence embodied in the Washington Treaty was first entered into in circumstances very different from those that exist now, but it remains no less valid and no less essential today, in a world subject to the scourge of international terrorism. When the Heads of State and Government of NATO met in Washington in 1999, they paid tribute to the success of the Alliance in ensuring the freedom of its members during the Cold War and in making possible a Europe that was whole and free. But they also recognised the existence of a wide variety of risks to security, some of them quite unlike those that had called NATO into existence. More specifically, they condemned terrorism as a serious threat to peace and stability and reaffirmed their determination to combat it in accordance with their commitments to one another, their international commitments and national legislation.

Article 5 of the Washington Treaty stipulates that in the event of attacks falling within its purview, each Ally will ass

Quelle: <http://www.nato.int/docu/speech/2001/s011002a.htm>

Dokument IV:

Pressemitteilung von NATO-Generalsekretär Lord Robertson am 2.10.2001 zum NATO-Bündnisfall

Statement by NATO Secretary General, Lord Robertson

This morning, the United States briefed the North Atlantic Council on the results of the investigation into who was responsible for the horrific terrorist attacks which took place on 11 September.

The briefing was given by Ambassador Frank Taylor, the United States Department of State Coordinator for Counter-terrorism.

This morning's briefing follows those offered by United States Deputy Secretary of State Richard Armitage and United States Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz, and illustrates the commitment of the United States to maintain close cooperation with Allies.

Today's was classified briefing and so I cannot give you all the details. Briefings are also being given directly by the United States to the Allies in their capitals.

The briefing addressed the events of 11 September themselves, the results of the investigation so far, what is known about Osama bin Laden and the Al-Qaida organisation and their involvement in the attacks and in previous terrorist activity, and the links between Al-Qaida and the Taleban regime in Afghanistan.

The facts are clear and compelling. The information presented points conclusively to an Al-Qaida role in the 11 September attacks.

We know that the individuals who carried out these attacks were part of the world-wide terrorist network of Al-Qaida, headed by Osama bin Laden and his key lieutenants and protected by the Taleban.

On the basis of this briefing, it has now been determined that the attack against the United States on 11 September was directed from abroad and shall therefore be regarded as an action covered by Article 5 of the Washington Treaty, which states that an armed attack on one or more of the Allies in Europe or North America shall be considered an attack against them all.

I want to reiterate that the United States of America can rely on the full support of its 18 NATO Allies in the campaign against terrorism.

Quelle: <http://www.nato.int/docu/speech/2001/s011002a.htm>

Dokument V:

Stellungnahme der stellv. Sprecherin der Bundesregierung Charima Reinhardt vom 2.10.2001

Quelle: FAZ.net vom 3.10.2001 (<http://www.faz.net/aktuell/politik/nato-buendnisfall-westerwelle-fordert-beweise-138325.html>):

„Auch nach der Verkündung des Nato-Bündnisfalls am Dienstag in Brüssel blieben die Beweise für eine Drahtzieherschaft des vom mutmaßlichen Top-Terroristen Usama Bin Laden geführten Netzes Al Qaida im Dunkeln.

Die stellvertretende Regierungssprecherin Charima Reinhardt hatte deutlich gemacht, dass Details über die Beweislage zwischen den Nato-Partnern vertraulich behandelt werden. Hierbei handele es sich um eine Absprache unter den Nato-Partnern und keine Solo-Entscheidung“ der Bundesregierung. Auch die Partei- und Fraktionschefs würden nicht darüber unterrichtet.

Die Frage, ob die Bundesregierung wisse, wann und wo ein Militärschlag stattfinden solle, beantwortete die Regierungssprecherin mit „Nein“. Entscheidungen zum weiteren Vorgehen seien nicht getroffen worden „und stehen auch nicht an“, sagte Reinhardt.

Dokument VI:

Erklärung von NATO-Generalsekretär Lord Robertson am 4.10.2001 vor der Presse

Statement to the Press by NATO Secretary General, Lord Robertson, on the North Atlantic Council Decision On Implementation Of Article 5 of the Washington Treaty following the 11 September Attacks against the United States

Following its decision to invoke Article 5 of the Washington Treaty in the wake of the 11 September attacks against the United States, the NATO Allies agreed today -- at the request of the United States -- to take eight measures, individually and collectively, to expand the options available in the campaign against terrorism. Specifically, they agreed to:

- enhance intelligence sharing and co-operation, both bilaterally and in the appropriate NATO bodies, relating to the threats posed by terrorism and the actions to be taken against it;
- provide, individually or collectively, as appropriate and according to their capabilities, assistance to Allies and other states which are or may be subject to increased terrorist threats as a result of their support for the campaign against terrorism;
- take necessary measures to provide increased security for facilities of the United States and other Allies on their territory;
- backfill selected Allied assets in NATO's area of responsibility that are required to directly support operations against terrorism;
- provide blanket overflight clearances for the United States and other Allies' aircraft, in accordance with the necessary air traffic arrangements and national procedures, for military flights related to operations against terrorism;
- provide access for the United States and other Allies to ports and airfields on the territory of NATO nations for operations against terrorism, including for refuelling, in accordance with national procedures.

The North Atlantic Council also agreed:

- that the Alliance is ready to deploy elements of its Standing Naval Forces to the Eastern Mediterranean in order to provide a NATO presence and demonstrate resolve; and
- that the Alliance is similarly ready to deploy elements of its NATO Airborne Early Warning force to support operations against terrorism.
- Today's collective actions operationalise Article 5 of the Washington Treaty. These measures were requested by the United States following the determination that the 11 September attack was directed from abroad.
- These decisions clearly demonstrate the Allies' resolve and commitment to support and contribute to the U.S.-led fight against terrorism.
-

Dokument VII:

Anfrage von Herrn Tim Baumgartner an das Auswärtige Amt zur Beweislage des NATO-Bündnisfalles

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 3. Oktober 2001 verlangte Dr. Guido Westerwelle, die Beweise zu sehen dafür, dass Al Kaida hinter den Terroranschlägen von New York und Washington steckt. Hintergrund war die Ausrufung des NATO-Bündnisfalls. Die FAZ berichtete:

<http://www.faz.net/aktuell/politik/nato-buendnisfall-westerwelle-fordert-beweise-138325.html>

Meine Fragen:

1. Wem in Deutschland sind die Beweise inzwischen vorgelegt worden? Wo wird darüber berichtet?
2. Falls die Beweise nicht vorgelegt wurden:
 - a) Warum nicht?
 - b) Wie groß ist die Bedeutung, die Beweise zu sehen, und warum?
 - c) Wann ist mit Vorlegen der Beweise zu rechnen?
3. Ist der NATO-Bündnisfall immer noch aktiv?
 - a) Falls nein: Wann endete er?
 - b) Falls ja: Wann könnte er enden? Möchte die Bundesregierung ihn beenden?

Viele Grüße

Tim Baumgartner

Dokument VIII:

Antwort des Auswärtigen Amtes auf die Anfrage von Herrn Baumgartner

Sehr geehrter Herr Baumgartner,

vielen Dank für Ihre Anfrage beim Bürgerservice des Auswärtigen Amtes.

Zu Ihren Fragen möchten wir Ihnen wie folgt antworten:

Die Feststellung des Bündnisfalls der NATO nach Art. 5 des Washingtoner Vertrages setzt in jedem Fall einen **bewaffneten Angriff** voraus. Entsprechend hoch ist die Schwelle zu seiner Feststellung. Seit Bestehen der NATO wurde der Bündnisfall erst einmal erklärt: im Anschluss an die Anschläge des 11. September 2001. Bereits am Abend des 12. Septembers 2001 wurde in einer Erklärung des Nordatlantikrats der Bündnisfall ausgerufen, sollte es sich um einen von außen geführten Angriff auf die USA handeln. Entsprechende Erkenntnisse wurden dem Nordatlantikrat am 2. Oktober 2001 von den USA vorgelegt und von den NATO-Alliierten für stichhaltig befunden. Es wurde der Nachweis erbracht, dass es sich bei den Terroranschlägen um einen von außen geführten Angriff auf einen Bündnispartner handelt, und gleichzeitig Artikel 5 des Washingtoner Vertrags in Kraft gesetzt. Die bei der Beweisführung verwendeten Dokumente und Informationen sind später bei der Erstellung des von der US-Regierung in Auftrag gegebenen und im Internet verfügbaren Berichts der sogenannten **9/11 Commission** verwendet worden.

Der am 12.9.2001 (unter Bedingungen) festgestellte Bündnisfall ist heute immer noch in Kraft und manifestiert sich u.a. in Form des NATO-geführten und auf das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der VN-Charta gestützten Anti-Terror- bzw. Seeraumüberwachungseinsatzes **Operation Active Endeavour** (OAE) im Mittelmeer.

Wir hoffen, Ihnen mit der Beantwortung Ihrer Fragen geholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Bürgerservice im Auswärtigen Amt